

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XX/78

Bonn, den 21. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |  |    |
|-------|--|----|
| 1     | In der richtiger Richtung<br>-----<br>Zum neuen amerikanisch-sowjetischen Abkommen   | 49 |
| 2     | Ein Antrag von einundzwanzig<br>-----<br>Zur Praxis der Regierungsparteien<br>Von Max Seidel, MdB  | 48 |
| 3 - 4 | Europäische Anstöße<br>-----<br>Zur vierten Konferenz der europäischen Erziehungsminister<br>Von Klaus Helfer                            | 66 |
| 4     | Im Kampf um das Recht<br>-----<br>Zustimmung für SPD-Einsatz in der Flüchtlingsfrage   | 26 |
| 5 - 6 | Seuer erkaufter Sieg<br>-----<br>Auflösungstendenzen in der blockfreien Welt<br>Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher | 66 |

### In der richtigen Richtung

#### Zum neuen amerikanisch-sowjetischen Abkommen

Wer - In Genf kommen die Verhandlungen über eine kontrollierte und gleichzeitige Abrüstung nicht voran. Die Delegationen aus West und Ost - Frankreich hat sich abseits gestellt - treten auf der Stelle. Ist deshalb Skeptizismus angebracht?

Das vor fast einem Jahr zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion abgeschlossene, von der ganzen Welt begrüßte - Frankreich und das kommunistische China ausgenommen - Atomteststopp-Abkommen bewies den Willen der beiden Weltmächte, auf Gebieten nach Vereinbarungen zu suchen und zu treffen, auf denen sich ihre Interessen berühren. Die Befürchtung, nach dem Tode Kennedys werde diese Suche nachlassend, Johnson sei weniger bestrebt, Entspannungsinitiativen zu entfalten oder Moskau werde sich von nun ab taub stellen, ist nicht eingetroffen. Washington und Moskau bleiben miteinander im Gespräch; selbst der Abschluß verirrter amerikanischer Flugzeuge durch russische Jagdflugzeuge in der Sowjetzone blieb ohne hemmende Wirkung.

Die gleichzeitige Ankündigung Johnsons und Chruschtschows, die Produktion spaltbaren Materials herabzusetzen, ist die Frucht langer, der Weltöffentlichkeit verborgen gebliebener Gespräche. Die praktische Bedeutung des Abkommens mag nicht groß sein. Es sind mehr die psychologischen Faktoren, die hier schwer ins Gewicht fallen.

Beide Weltmächte sind heute wohl in der Lage, sich selbst und die ganze Menschheit mehrfach auszulöschen. Die sinnlose Anhäufung neuer Atombombenlager wäre, politisch und ökonomisch gesehen, die reinste Verschwendung; sie brächte niemandem Nutzen. So griffen die Russen, wenn auch zögernd und sich zunächst stübe zeigend, aber innerlich, einen der Vorschläge Johnsons auf, die Produktion spaltbaren Materials einzuschränken. Die Russen konnten dies umso leichter tun, als davon ihre nukleare Schlagkraft, wie auch die der Vereinigten Staaten, nicht im geringsten berührt wird. Moskau nahm auch die zu erwartenden Zornesausbrüche Pekings in Kauf. Seit Chruschtschow mit Kennedy ein Atomteststopp-Abkommen abschloß, gilt er bei den hartgesottenen chinesischen Kommunisten und ihren Kitzläufern als ein Henegat und Verräter an der Sache des Weltkommunismus, ein Vorwurf, den Chruschtschow nicht leicht nehmen mag, der jedoch nicht ausreicht, um seinehalten die materiellen und moralischen Kräfte der Sowjetunion in einem nicht mehr zu kontrollierenden Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten zu verzetteln. Die Sowjetunion benötigt eine lange Atempause, um der Schwierigkeiten im eigenen Bereich Herr zu werden.

So schließt sich dieser Schritt logisch dem ersten an, der mit dem Atomteststopp-Abkommen getan wurde. Das allein bringt noch keine Abrüstung und noch nicht das gegenseitige Mißtrauen zum Verschwinden. Doch diese neue amerikanisch-sowjetische Vereinbarung liegt in der richtigen Richtung, sie kann die Atmosphäre für größere Abkommen im Sinne der Abrüstung erwärmen; und sie zeigt einen Stand in der Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten an, der noch vor wenigen Jahren, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, undenkbar war.

21. April 1964

## Ein Antrag von einundzwanzig

### Zur Praxis der Regierungsparteien

Von Max Seidel, MdB

Der Bundeshaushalt 1964 schließt mit der Rekordsumme von 60,3 Milliarden DM ab. Bisher hatte jeder Bundesetat in der Endsumme das Vorjahr übertroffen. Die Zahlen der letzten vier Jahre beweisen es:

Bundshaushaltsjahr 1961	=	48,1	Milliarden DM
1962	=	53,4	" " "
1963	=	56,8	" " "
1964	=	60,3	" " "

An Rekordziffern hat es demnach in keinem Haushaltsjahr gefehlt. Den Bundeshaushalt 1964 begleiten aber noch ein paar besondere Merkmale. Da ist die Rekordzahl der verspäteten Einbringung des Etats durch die Bundesregierung. Statt am 7. Oktober 1963 wurde der Etat erst am 7. Januar 1964 dem Parlament vorgelegt. Danach folgte das Rekordtempo für die Beratungen im Haushaltsausschuß. An 10 Sitzungstagen wurden die 31 Einzelpläne und das Haushaltsgesetz "eingehend" beraten und beschlossen. Und das Parlament? Es hat den Bundeshaushalt mit der Rekordsumme von 60,3 Milliarden DM in der Rekordzeit von 22 Stunden beraten und verabschiedet.

Diese Rekordmerkmale werden von allen Parteien des Bundestages beklagt und geben Anlaß zu neuen Schwüren der Besserung. Was werden sie wert sein? Zu allererst muß die Bundesregierung die besseren Voraussetzungen für die Beratungen des Bundeshaushaltes schaffen, indem der Etat dem Parlament zeitgerecht vorgelegt wird. Dann darf sich das Parlament nicht in Zeitnot bringen lassen. Reden zum Bundeshaushalt, die nicht von der Tribüne des Bundestages gehalten werden, einfach zu Protokoll zu geben, ist das unmöglichste Verfahren in der Etatberatung. Diese Unsitte sollte der Präsident des Bundestages grundsätzlich verweigern.

Die Koalitionsmehrheit des Bundestages trägt viel Schuld daran, daß die Etatberatungen in so schlechtem Stil, meist überreizt oder lustlos verlaufen. Ihr politischer Grundsatz, an dem Endergebnis der Beratungen des Haushaltsausschusses auf Biegen oder Brechen festzuhalten und keine Mark und keinen Pfennig in der Beratung der Einzelpläne zu verändern, drückt die Beratungen im Parlament zur Schau heraus, weil die Chancen neuer Entscheidungen nicht gegeben sind. Diese alljährlich unwürdig praktizierte Methode der CDU/CSU-FDP im Parlament hat auch diesmal dazu geführt, daß von 21 Abänderungsanträgen der SPD-Bundestagsfraktion 20 Anträge abgelehnt und nur ein Antrag die Billigung der Koalitionsmehrheit fand. Ein Antrag übrigens, bei dem von Mark und Pfennigen nicht die Rede war, sondern lediglich die vorgesehene Kürzung und Sperre der Baugelder für die "Baumaßnahmen der Schulen im Zonenrandgebiet" aufgehoben wurde.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte aufgrund der schlechten Erfahrungen der letzten Etatberatungen im Bundestag ohnehin den Rekord an Bescheidenheit in der Anzahl der eingereichten Abänderungsanträge (21) und der Höhe der beantragten Summen (135 Millionen DM) bewiesen. Trotzdem, die politische Absicht der CDU/CSU-FDP, der SPD keine Chance zu geben, stand über allen sachlichen Notwendigkeiten. An dieser Methode der Koalitionsparteien, ihre Mehrheit im Parlament bei jedem Punkt der Etatberatungen rücksichtslos zu nützen, muß das parlamentarische Leben Schaden nehmen.

### Europäische Anstöße

Zur vierten Konferenz der europäischen Erziehungsminister

Von Klaus Helfer

Die vierte Konferenz der europäischen Kultusminister, die nach ihren Sitzungen in Den Haag (1959), Hamburg (1961) und Rom (1962) in diesen Tagen in London zusammentraten, zeigt, daß sich diese Institution zusehends zu einem wichtigen Instrument europäischer Integration auf dem Gebiet des Erziehungs- und Bildungswesens entwickelt.

Gemäß einer 1962 in Rom getroffenen Abrede betrachten es die Minister als Aufgabe ihrer ständigen Zusammenarbeit, "sich gegenseitig in der Durchführung ihrer Erziehungspläne zu unterstützen", "gemeinsame Maßnahmen vorzuschlagen, die im Erziehungswesen auf europäischer Ebene unternommen werden sollten" und für die Durchführung der Programme internationaler Organisationen auf den Gebieten der Erziehung, Wissenschaft und Kultur "ihre Hilfsmittel zu koordinieren und ihre gemeinsame Autorität einzusetzen". Dabei zeigt es sich, daß die Diskussion gemeinsamer Probleme und die daraus hervorgehenden Resolutionen der europäischen Erziehungsminister mehr und mehr den Charakter von Anstößen gewinnen, die dahin tendieren, die nationale Erziehungspolitik in den Signatarstaaten der europäischen Kulturkonvention nicht nur zu harmonisieren, sondern auch in ausgesprochen fortschrittliche Bahnen zu lenken.

#### Freie Bahn für alle Begabter

So zeigten die Beratungen über den Ausbau der Universitäten, die Erhöhung der Studentenzahlen und die Studentenförderung, daß die europäischen Kultusminister fest entschlossen sind, die Universitäten und Hochschulen sowie das höhere Schulwesen ihrer Länder für alle Begabten ohne Rücksicht auf soziale Unterschiede weit zu öffnen. Zwei Tendenzen erweisen sich dabei als ausschlaggebend:

In allen Staaten hat sich die Einsicht verbreitet, daß die kommende gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung einfach dazu zwingt, jeder individuellen Begabung die ihr angemessene Ausbildung zu ermöglichen. Zum anderen hat sich die Vorstellung eines sozialen "Rechts auf Bildung" in den meisten Staaten durchgesetzt. Die bildungspolitischen Konsequenzen solcher Einsichten wurden in der vom Leiter der deutschen Delegation, Schulsenator Willi Dankamp (SPD) vorgeschlagenen Grundsatzklärung gezogen, in der die Erziehungsministerkonferenz ihren Willen, jeder Begabten der Zugang zur Hochschule zu öffnen, bekräftigen und dabei die Aufmerksamkeit der Regierungen insbesondere auf einen verstärkten Aufbau des zweiten Bildungsweges lenken wollen.

#### Ausbau des Zweiten Bildungsweges

Tatsächlich ist zumindest in Deutschland die angestrebte Erhöhung der Studentenzahlen nicht möglich, wenn nicht im beruflichen Schulwesen Wege zum Hochschulzugang gebahnt werden. Dies wird von einer kürzlich vom Wissenschaftsrat veröffentlichten Vorausschätzung unserer Studentenzahlen bis 1980 eindeutig belegt, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung des Abiturientenreservoirs stützt. Der Anteil derjenigen, die in der Bundesrepublik ohne gymnasiales Abitur die Hochschulreife erwerben, beläuft sich gegenwärtig auf weniger als drei Prozent aller Hochschulzugänger. Um diesen Anteil so zu vergrößern, daß er einen nennenswerten Beitrag zur Gesamtmasse des akademischen

Nachwuchses darstellt, ist ein Ziel, das nur durch radikale Reformen im Bereich des beruflichen Schulwesens sowohl als auch hinsichtlich der Zulassungsvoraussetzungen unserer Hochschulen erreicht werden kann. Dies ist allen Sachverständigen seit langer Zeit ebenso bekannt wie die durch eine Reihe begabungspsychologischer Forschungen der letzten Jahre erhärtete Tatsache, daß große Begabungsreserven in unserem Land bislang vom Schulwesen noch nicht erschlossen sind und viele Talente dadurch verschwendet werden, daß sie in Bildungswege geleitet werden, in denen sich ihre besonderen Fähigkeiten nicht entfalten können.

Zwischen diesen Erkenntnissen und dem Ausbau eines dem allgemeinen Schulwesen gleichberechtigten Zweiten Bildungsweges liegt eine Reihe von Hindernissen, die im wesentlichen von denen errichtet werden, deren konservative Denkweise in der Konzeption eines arbeits- und berufsbezogenen Bildungsraumes bereits den Verrat an Europas heiligsten Gütern sehen.

Die SPD ist seit Jahren bemüht, dieses Hindernis bildungspolitischen Fortschritts aus dem Wege zu räumen. Sie würde sich freuen, die Gesamtheit der europäischen Erziehungsminister dabei als Bundesgenossen begrüßen zu können.

+ + +

#### Im Kampf um das Recht

#### Zustimmung für SPD-Einsatz in der Flüchtlingsfrage

Der SPD-Entwurf zur rechtlichen Gleichstellung der Flüchtlinge findet den ungeteilten Beifall der Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands (VLM). Lisa Kospeter, MdB, wies in Vertretung des Präsidiums und der Bundestagsfraktion der SPD am Wochenende in Bad Godesberg mit Nachdruck darauf hin, daß es bei dieser Initiative nicht in erster Linie um die Durchsetzung materieller Forderungen geht, sondern um die Anerkennung des Gleichheitsgrundsatzes. Es ist ein Kampf um das Recht, von Beweissicherung und Feststellung der Schäden zu reden und sich um die Zahlung als Folge zu drücken, ist allerdings ein Doppelspiel.

Während Vizekanzler Mende für die Bundesregierung den "Schwarzen Peter" dem "souveränen Parlament" zuschob, erklärte sein Parteifreund Rudolf Schulz, MdB, für die FDP, daß es viele soziale Fragen gibt und die Einordnung der Flüchtlingsfrage daher Sorge bereite. "Was muß zuerst getan werden? Sie (die VLM) müssen uns treiben".

Die starke Verzögerung der Flüchtlingsgesetzgebung begründet die Regierung mit der Möglichkeit einer "Sogwirkung" sozialer Gesetze auf die Mitglieder der Zone und mit der Möglichkeit der Auslegung solcher Gesetze als eine Anerkennung der Zone. Sicher muß - bei Flüchtlingen und Vertriebenen - alles getan werden, um bestimmte politische und rechtliche Ansprüche zu sichern; aber es müssen auch Wege gefunden werden, um die Opfer nicht darunter leiden zu lassen. Das meint die SPD.

Das Recht ist unteilbar, auch in der Innenpolitik. Einheimische, Vertriebene und Flüchtlinge sind alle Bürger des Deutschen Reiches gewesen und müssen als Bürger der Bundesrepublik gleichmäßig behandelt werden, stellte Dr. Kiekebusch als Leiter des Kongresses fest. "Der SPD-Entwurf wird von den VLM begrüßt. Die anderen Parteien müssen auf mehr folgen!"

21. April 1964

Teuer erkaufter Sieg

Auflösungstendenzen in der blockfreien Welt

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die erste Runde im Wettlauf um den Vorrang einer afro-asiatischen Konferenz nach dem Vorbild von Bandung gegenüber einer zweiten Konferenz der blockfreien Staaten hat China endgültig verloren. Während eine zweite "Belgrader Konferenz" für die erste Oktoberwoche nach Kairo einberufen worden ist, mußten sich die chinesischen Kommunisten und das mit ihnen in dieser Frage an einem Strang ziehende Indonesien und Pakistan mit einem späteren Termin einer "zweiten Bandungkonferenz" abfinden. Diese wird erst am 10. März 1965 in einer noch zu bestimmenden afrikanischen Stadt stattfinden, obwohl China und Indonesien auf einen Termin vor dem Oktober gedrungen haben. Mag für den Außenstehenden dieser Terminstreit um Konferenzen, deren praktisch-politischer Wert für die Weltpolitik ohnehin gering ist, nur schwer verständlich sein, so geht er für die beteiligten Akteure weit über reine Prestigeerwägungen hinaus. Er stellt sich als das Problem dar: welche Kräfte die afro-asiatische Welt in Zukunft stärker beeinflussen werden, die extrem-radikalen Chineser oder das für die erste Konferenz der Blockfreien verantwortliche und politisch mäßige Dreiergespann Nehru - Tito - Nasser.

Positionsverschiebungen

Die Positionsverschiebungen, die sich in letzter Zeit als Folge dieser Rivalität ergeben haben, sind schon heute recht bedeutend. Insbesondere hat China den ansonsten multilateralen Aktionen eher ablehnen Nehru zu gesteigerter politischer Aktivität eben in dieser Richtung gezwungen. Die Flucht nach vorn in die Befürwortung einer neuen Konferenz der blockfreien Länder als Alternative zu einer Bandung-Konferenz ist bezeichnend für die indischen Befürchtungen, daß es nur im Ehren der afro-asiatischen Welt gegenüber den chinesischen Argumenten einen nicht ganz so leichten Stand haben könnte. Daher auch die Bemühungen Neuh-Delhis, zur zweiten afro-asiatischen Konferenz den chinesischen Hauptfeind, die Sowjetunion, als "asiatisches Land" einzuladen, obwohl Moskau bei der ersten Bandung-Konferenz im Jahre 1955 nicht vertreten gewesen war. Das indische Verlangen, von Belgrad bereits kräftig unterstützt, entpuppt sich als ein taktisches Ziel, das jedoch weitreichende prinzipielle politische Folgen haben könnte: der Sowjetunion den offiziellen Status eines euro-asiatischen Landes zu geben und damit seinen Einfluß

in der afro-asiatischen Welt auch institutionell zu festigen.

Ist das alles schon verwirrend genug, vergegenwärtigt man sich, daß sich kein indischer Staatsmann 1955 der Tatsache erinnerte, daß 2/3 des Territoriums der Sowjetunion auf asiatischem Boden liegen, so wird die Konfusion noch gesteigert dadurch, daß sich das kommunistische China im Bunde mit den SEATO-Ländern Pakistan und den Philippinen am heftigsten der Anerkennung der Sowjetunion als asiatisches Land widersetzen. Das Vorbereitungstreffen für eine zweite Bandung-Konferenz hat geendet, ohne daß in dieser wichtigen Frage vorläufig eine Entscheidung gefallen ist. Da ein einstimmiger Beschluß gefaßt werden muß, wird es sicherlich noch heftige Wortgefechte geben.

#### Belgrad - Indonesien

Der zweite hochinteressante Aspekt ist der fortschreitende Verfall der einst freundschaftlichen jugoslawisch-indonesischen Beziehungen. Die Rivalität um den Vorrang einer afro-asiatischen vor einer blockfreien Konferenz hat in Indonesien ausgeprägte antijugoslawische Ergebnisse gezeigt. Nicht nur die dort sehr starken Kommunisten, sondern auch Regierungsvertreter haben antijugoslawische Positionen bezogen. Der Generalsekretär der Nationalen Front Indonesiens, Sudibio, zum Beispiel, hat den Unterschied zwischen den beiden Konferenzen unter deutlicher Anspielung auf den "jugoslawischen Revisionismus" folgendermaßen definiert: die eine Konferenz - die der Blockfreien - bemüht sich, den Imperialismus und Kolonialismus zu retten, während die afro-asiatische Konferenz ihn zu liquidieren versuche.

In Belgrad ist man über diese Entwicklung alles andere als glücklich. Gibt es doch noch zusätzliche Anzeichen, die der Ernst der jugoslawisch-indonesischen Beziehungen charakterisieren. Der Vorrang der Konferenz der Blockfreien ist in diesem Lichte (abgesehen von dem bedrückender Aspekt, den der Sturz des brasilianischen Präsidenten Goulart im Hinblick auf die Teilnahme südamerikanischer Staaten eröffnet hat) teuer erkauft. Gehen doch die sich auflösenden Fronten, von denen der jugoslawische Staatspräsident Tito erst unlängst so hoffnungsvoll sprach, nicht nur durch die Blöcke, sondern auch quer durch die blockfreie Welt.